



**GRUPPE
SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
im Kreistag des Landkreises Northeim**



Landkreis Northeim
Medenheimer Straße 6-8
37154 Northeim

Northeim, 24.02.2017

**ANTRAG gem. § 7 der Geschäftsordnung für den Kreistag, seine Ausschüsse
und den Kreisausschuss**

Sehr geehrte Frau Landrätin,

die Gruppe SPD/Grüne bittet um Aufnahme des folgenden Antrages auf die Tagesordnung der Sitzung des Kreistages am 10.03.2017.

Flexible Betreuungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer schaffen

Die Landrätin wird beauftragt, einen Förderantrag im Rahmen des Bundesprogrammes „KitaPlus“ unter Berücksichtigung der Fördervoraussetzungen zu stellen und hierfür eine entsprechende Bedarfsanalyse sowie ein Konzept zur Umsetzung zu erarbeiten.

Begründung:

Die vom Landkreis Northeim erst vor kurzem erfolgreich durchgeführte Unternehmensbefragung hat aufgezeigt, dass die Unternehmen zwar grundsätzlich mit ihrem Standort im Landkreis Northeim zufrieden sind. Dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass es gerade im Bereich der Fachkräftegewinnung noch erhebliche Defizite gibt, die abgebaut werden müssen. Dieser Bereich der Fachkräftegewinnung und allgemein der Bereich der Arbeitnehmergewinnung brennt den Unternehmen ebenso wie die flächendeckende Breitbandversorgung sprichwörtlich unter den Nägeln.

Arbeitskräfte, die gleichzeitig auch Eltern sind oder werden wollen, werden bei der Frage, ob sie ihre berufliche Zukunft im Landkreis Northeim sehen, auch darauf schauen, ob es im Landkreis genügend flexible Betreuungsmöglichkeiten für sie gibt, um Beruf und Familie gut miteinander in Einklang zu bringen. Auch für Alleinerziehende und Eltern, die in Schichten, frühmorgens oder spätabends einer Beschäftigung nachgehen oder die nach einer längeren Pause wieder in das Erwerbsleben einsteigen wollen, sind passgenaue Betreuungsmöglichkeiten von überragender Bedeutung.

Die Gruppe SPD/Grüne freut sich daher sehr, dass auch der Bund die Bedeutung von am Bedarf ausgerichteten Betreuungsangeboten in Kindertageseinrichtungen sowie in der Kindertagespflege sieht. Das Bundesprogramm „KitaPlus“ fördert daher zusätzliche, am Bedarf von Familien ausgerichtete, Betreuungsangebote in Kitas und in Horten sowie in der Tagespflege. Die vom Bund bereit gestellte Förderung ermöglicht es den Anbietern vor Ort, attraktive Angebote zu erproben, die sich an den Bedarfen der bereits betroffenen und zukünftigen Eltern in der Region orientieren. Um eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung nachhaltig und auch in der Fläche umzusetzen, ist es nach Ansicht der Gruppe SPD/Grüne nicht nur notwendig, dass einzelne Akteure, die im Bereich der Kinderbetreuung tätig sind sowie Institutionen diese Notwendigkeit erkennen und einzelne Angebote bereithalten.

Es bedarf vielmehr einer umfassenden partnerschaftlichen Netzwerkarbeit zwischen den Jugendämtern, den Arbeitsagenturen und Jobcentern sowie Vereinen und Verbänden. Auch der Kontakt mit regionalen Unternehmen muss unter diesem Aspekt aufgebaut und gepflegt werden.

Das Bundesprogramm „KitaPlus“ ermöglicht mit dem Modul „Netzwerkstelle KitaPlus“, dass in den örtlichen Jugendämtern jeweils eine Netzwerkstelle eingerichtet werden kann. Im Rahmen des regionalen Netzwerkes können die bereits bestehenden Angebote vor Ort so besser abgestimmt, gemeinsam weiterentwickelt und bei Bedarf auch aktuellen Anforderungen angepasst werden. Die zentrale Netzwerkstelle innerhalb der Jugendämter garantiert hierbei die Herstellung eines verbindlichen und regelmäßigen Netzwerkes und ist Ansprechpartner für die einzelnen Partnerinnen und Partner sowie die weiteren Beteiligten.

Die Netzwerkstelle soll hierbei die bereits vorhandene und auch aus Sicht der Landrätin des Landkreises Northeim besonders wichtige Jugendhilfeplanung unterstützen und die Zusammenarbeit aller Beteiligten zur Gestaltung bedarfsgerechter Kinderbetreuung koordinieren. In diesem Zusammenhang ist ein besonderes Augenmerk auf die Bedarfslage der Alleinerziehenden zur Aufnahme und Aufrechterhaltung einer Erwerbstätigkeit zu richten.

Der Landkreis Northeim wird als örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe daher gebeten, einen entsprechenden Antrag für das Programm „Netzwerkstelle KitaPlus“ zu stellen. Die Verwaltung wird aufgefordert, im Vorfeld entweder eine Bedarfsanalyse anhand von bereits erhobenen Daten des zeitlichen Betreuungsbedarfes der Familien des Einzugsgebietes und eine hiermit einhergehende Kalkulation der voraussichtlich benötigten erweiterten Plätze vorzulegen oder im Rahmen der Beantragung nachvollziehbar darzustellen, wie diese Daten zeitnah erhoben werden können. In die

Bedarfsanalyse ist insbesondere der spezifische Bedarf der Alleinerziehenden und erwerbslosen Eltern darzustellen. Die Verwaltung wird ferner aufgefordert, darzustellen, wie eine Anpassung der bereits bestehenden Jugendhilfeplanung an den bereits erhobenen und ggf. erprobten Bedarf vorgenommen wird.



Simon Hartmann
Fraktionsvorsitzender



Johannes Antpöhler
Fraktionsvorsitzender